

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Chaotischer Wolff

Die jüngste 1.-Mai-Feier hat dem umstrittenen Polizeichef Wolff erneut vor Augen geführt, dass er politisch in einer ungemütlichen Lage steckt – und dass seine angestrebte Wiederwahl im Jahr 2018 auf der Kippe steht.

Bereits zwei Tage vor dem 1. Mai haben in den Kreisen 3 und 4 mehrere Dutzend Linksextremisten gewütet und einen Sachschaden von rund 200 000 Franken angerichtet. Am 1. Mai ging es dann munter weiter. Auch das Polizeigebäude wurde mit schwarzer Farbe verschmutzt und viele weitere Sachbeschädigungen verübt. Einmal mehr gab es nur «Pro-Forma-Festnahmen», und der finanzielle Schaden wird kaum je den Verursachern aufgebunden werden. Der Polizeivorsteher betreibt eine «Zwei-Klassen-Politik»: hier die Normalbürger, die für alles eine Bewilligung brauchen, dort die Hausbesetzer, die sich um Gesetze foutieren dürfen. Auch stellt sich Wolff selten voll und ganz hinter die Polizei, wie dies von ihm erwartet würde.

Die Polizeikräfte machen trotzdem einen sehr guten Job. Dennoch erfahren sie auch immer häufiger Angriffe auf Ihre persönliche Integrität, Beleidigungen, tätliche Angriffe und Verletzungen. Und auch die Bereitschaft zu massiver Gewalt müssen sie je länger, je mehr über sich ergehen lassen. Unter der aktuellen politischen Führung von Polizeivorsteher Richard Wolff wird die Ausübung des Berufes Polizist zunehmend unattraktiv. Dies zeigen aktuelle Zahlen der Aspiranten-Klassen auf. Ebenso bestätigt sich teilweise, dass unter dieser Führung im Polizeikorps eine «aufgeheizte» und nicht vertrauensbildende interne Stimmung die Art des Denkens und Handelns übernimmt. Mit einer Aussage wie «der schwarze Block, eine interessante Ergänzung», mit der Anordnung einer internen Untersuchung oder mit dem öffentlichen Pranger für einen Mitarbeiter zeigt die Polizeiführung ihre Stossrichtung auf. Diese lädt Links-Chaoten nahe zu ein, Unrechtmässiges auszuloten und zu tun. Die Folgen sind wiederholte und langandauernde Hausbesetzungen sowie ungewollte Demonstrationen.

Wir fordern den Polizeivorsteher auf, der gestiegenen Gewaltbereitschaft im Sinne der öffentlichen Sicherheit konsequent entgegenzutreten. Die Einsatzkräfte müssen bedingungslosen Rückhalt und Sicherheit spüren. Wer nicht in diesem Sinne handelt und führt, hat seine Glaubwürdigkeit gegenüber den Steuerzahlern verspielt. Die «Wolffsche Laissez-faire-Politik» mit Chaoten und Krawallmachern hat ausgedient. Dies wird sich spätestens bei seiner Wiederwahl zeigen.

## RATSBERICHT

## Wahlfeier mit Wolken über den Realitäten

Für das neue Amtsjahr ist von der SVP Roger Bartholdi bravourös als Präsident gewählt worden. Statt nur zu feiern, ziehen die Gedanken auch dorthin, wo Problematisches droht. Da kann es immer schwieriger werden, im Milizsystem qualifizierte Politiker zu finden. Aber auch der zunehmende Ausverkauf der Schweizer Wirtschaft mit dem Know-how löst Beklemmung aus.



Bernhard Im Oberdorf  
Gemeinderat SVP  
Zürich 12

Zu Beginn des neuen Amtsjahres ist Roger Bartholdi von der SVP zum neuen Ratspräsidenten gewählt worden, und zwar mit 107 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 55 Stimmen in einem Rat, der 125 Mitglieder zählt: Er hat also fast alle Stimmen auf sich vereinigt; das ist mehr als ein Achtungserfolg – es ist Bravour.

## Feiern im Ernst der Lage

Am anschliessenden Fest gäbe es einige Bonmots zu zitieren; aber die Lage ist zu ernst, als dass man auch noch rapportiert, was da alles noch gelaufen ist an der Feier. Weiter führt es, wenn man die Gedanken dahin schweifen lässt, wo Wesentliches passiert: So ist es heute nicht mehr selbstverständlich, dass man im Milizsystem genügend Parlamentarier findet, die auch in Kommissionen mitarbeiten können – auch die SVP spürt den Trend, denn der berufliche Druck wird immer grösser; auch die drohende Rentenschmelze verunsichert: Diese verdanken wir zu wesentlichen Teilen auch den Negativzinsen und diese sind eine Folge der Euro-Schwäche, weil im Zuge der Rettung dieser fragwürdigen Währung der Markt im Stile eines Dammbrechens mit Euros geflutet wird: den «Rentenklaus» verdanken wir so auch der Eurorettung.

Im Zuge solcher Verunsicherungen gibt es in Kantonen mit übergrossen Parlamenten auch Bestrebungen zur Verkleinerung dieser Institutionen. Taugt das auch für Zürich? Nur dann, wenn, spitz formuliert, Sozialhilfeempfänger als ideale Volksvertreter in den Parlamenten sitzen sollen.

## Miliz nicht überfordern

Bestrebungen zur Verkleinerung von Parlamenten geben vor, dass Politiker mit dem Beispiel des Sparens vorangehen sollten. Nur hat dies den Haken, dass die politische Arbeitslast dadurch nicht geringer wird; sie verteilt sich dann auf weniger Mandatsträger, die ohnehin so schlecht honoriert sind, dass ein solches Engagement viel Idealismus bedingt. Denn das Engagement in der Politik bringt mit dem grossen Zeitaufwand für Rats- und Kommissionssitzungen samt Vorbereitung massive Einschnitte im Berufs- und Privatleben mit sich.

Da die Parteien bei Parlamentsverkleinerungen wegen einer geringeren

Anzahl von Mandatsträgern weniger staatliche Entschädigungen erhalten, dürften sie damit kaum leben wollen: So würden Mandatsbeiträge und Parteisteuern in der Folge steigen: Mehr Arbeit und mehr Abgaben bei der gleichen mageren Entschädigung, wer will das dann noch?

Da fragt es sich nicht nur, ob der Idealismus derart strapaziert ist, sondern ob eine solche Arbeitslast überhaupt noch mit dem Milizsystem vereinbar ist. Schon heute ist es in vielen Unternehmen nicht gern gesehen, wenn sich ihre Mitarbeiter politisch engagieren, weil so Kapazität gebunden wird, die der Firma nicht zur Verfügung steht. Das wird nicht nur bei der Jobsuche spürbar, sondern auch bei den spürbaren Nachteilen in der privatwirtschaftlichen Laufbahn.

Wäre dann die parlamentarische Arbeit eine Lösung, um Arbeitslose zu beschäftigen? Da Engagierte mit einem politischen Mandat oder einem – oft mehrmals erfolglosen – Einsatz im Wahlkampf auf der Stellensuche kaum noch vermittelbar wären, würden diese ausgesteuert zu Sozialhilfeempfängern. Als Sozialfälle wären sie nicht die idealen, aber immerhin die realistischen Parlamentarier.

## Ausverkauf der «Schweizer Qualität»?

Zu denken gibt aber auch der Ausverkauf von Schweizer Unternehmen ins Ausland und damit verbunden der Abfluss von Know-how – wenn es nicht gar zu einem gefährlichen technologischen Wissenstransfer, beispielsweise nach Russland kommt, gerade der Hackerangriff auf das VBS zeigt, wie unfreundlich die Lage ist – und dennoch gibt es hierzulande «Putin-Versteher».

Doch zu denken gibt da auch aus Sicht des Verantwortungsbewusstseins: So gibt es einen «Shareholder-Value», der einzig auf die (finanziellen) Interessen der Aktionäre fokussiert ist. Es gibt aber auch den «Stakeholder-Value», der zusätzliche Bezugsgruppen mit einbezieht: die Kunden, die Mitarbeiter, die Lieferanten, die Öffentlichkeit, die Kreditgeber und weitere. Im Falle der Diskussion um den Verkauf der Schweizer Firma «Sika» nach Frankreich scheint es so zu sein, dass da eine einseitige Ausrichtung am «Shareholder-Value» vorliegt.

Auch wenn dies rechtlich machbar ist, ist es eine andere Frage, ob dies auch ethisch und moralisch, damit also politisch vertretbar ist. So bleiben solche Manöver Gegenstand der mehr als nur verständlichen Streitigkeiten.

## Vermummte Vandalen im offiziellen 1.-Mai-Umzug



Mauro Tuena  
Nationalrat SVP  
Zürich

Im Artikel zu den 1. Mai-Aktivitäten in der sozialistischen Zeitung «P.S.» wird erwähnt, dass «... es ein Privileg sei, wenn das Gebäude der Kantonspolizei mit Farbbeuteln beworfen werde ...». Über 300 vermummte Personen liefen, ohne dass das jemanden des 1.-Mai-Komitees störte, am offiziellen Umzug mit. Diese Vermummten bewarfen mehrere Male – immer

aus dem offiziellen Umzug heraus – diverse Gebäude mit Farbbeuteln, versprayten Hauswände und begingen weitere Sachschäden. Die Bilanz dieser Randalen: Sachschäden und Verwüstungen an privatem und öffentlichem Eigentum gegen 100 000 Franken. Bekannte linke Politikerinnen und Politiker wie etwa die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) liefen wenige Meter von den vermummten Randalierern entfernt einfach mit, ohne sich darum zu kümmern und ohne einzuschreiten. Warum toleriert das 1.-Mai-Komitee Chaoten inmitten ihres Umzugs? So haben die 1.-Mai-Aktivitäten keine Existenzberechtigung mehr!

## SVP-PAROLEN

## Städtische Abstimmungs-Vorlagen

Die SVP der Stadt Zürich hat an der Delegiertenversammlung vom 26. April 2016 folgende Parolen beschlossen:

1. Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen Franken)	NEIN
2. Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung Zürich, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
3. Pflegezentrum Bombach in Zürich-Höngg, Neubau Haus B, Objektkredit von 23,575 Millionen Franken	JA
4. Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
5. Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989 Teilaufhebung	JA
6. Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) im Rahmen der 2000-Watt-Ziele, Neuerlass	NEIN

## FRAKTIONSERKLÄRUNG

## Die Geister, die man ruft



Martin Götzl  
Gemeinderat SVP  
Fraktionschef  
Zürich

Alle Jahre wieder, der Treffpunkt: Zürich Helvetiaplatz! Doch diesmal begann der 1. Mai offensichtlich schon zwei Tage früher. In den späten Abendstunden vom 29. April formierten mehrheitlich vermummte, linke Radaumacher einen Saubannerzug. Im freien Lauf zur puren Zerstörungswut verschob sich der gewaltbereite Mob vom Kreis 3 in den Kreis 4. Die plustende Meute beging erhebliche Sachbeschädigungen. Die angerückte und einsatzbereite Polizei wurde mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen.

Leidtragende sind einmal mehr Gewerbetreibende und Privateigentümer, die beträchtliche Umsatzverluste und Wiederinstandstellungskosten tragen müssen. Ausserdem wurden zwei Personen verletzt und mussten hospitalisiert werden.

Zerstörungswut gestillt? Aufmerksamkeitssyndrom befriedigt? Weit gefehlt! Am Tag der Arbeit folgte die Fortsetzung. Bereits frühmorgens war der nahegelegene Park am Helvetiaplatz von den Chaoten vereinnahmt und unzählige Banner liessen aufgehoben. Zahlreiche Geschäfte sorgten mit präventiven und kostenintensiven Verbarrikadierungen vor. Eine objektive Betrachtungsweise ahnte weiteres Unheil. Während des offiziellen 1.-Mai-Umzuges kam es zu massiven Sachbeschädigungen. Aus dem offiziellen Umzug und offensichtlich unerkannt agierten die Krawallmacher unweit von zahlreichen Legislative- und Exekutive-Politikern.

Nur dank einem exorbitanten Polizeidispositiv konnte eine Nachde-

monstration verhindert werden. Die Polizei kesselte die gewaltbereite Meute mit Vehemenz ein. Es wurden zahlreiche Wegweisungsverfügungen ausgesprochen.

Zerstörungswut, Verbarrikadierungen, Knallkörper, Gewaltbereitschaft, Rauchpetarden und überall Schmiereereien, das ist die verwerfliche Bilanz vom 1. Mai. Der Tag der Arbeit in Zürich stellt alljährlich und wiederkehrend eine Plattform für die linksextreme Szene dar.

Dem entschlossenen und grossen Einsatz der PolizistInnen ist es zu verdanken, dass weiteres Unheil und Sachschaden verhindert werden konnte. Wiederholt bestätigt sich, dass die Stadt Zürich ein Nährboden für die linke Chaotenszene ist. Es werden unbewilligte Demonstrationen geduldet, Hausbesetzungen toleriert, illegale Partys gewährt, kaum Verhaftungen vorgenommen und die verübten Sachschäden willentlich nicht auf die Verursacher überwälzt.

Der Stadtrat ist aufgefordert, den eingeschlagenen Kurs der Duldung und des Wegschauens zu korrigieren. Insbesondere die Stadtpräsidentin Corine Mauch und der Polizeivorsteher Richard Wolff.

Gegen Extremismus ist rechtsstaatlich und mit aller Vehemenz und Härte vorzugehen. Verursacher von Sachbeschädigungen sind konsequent zur Rechenschaft zu ziehen, mit straf- sowie zivilrechtlichen Konsequenzen. Denn Geister, die man gerufen hat, kann man nur mit einer Nulltoleranzstrategie wieder loswerden.

Für die SVP hat der Tag der Arbeit in Zürich aufgrund seiner negativen Bilanz schon seit Jahren ausgedient. Die SVP fordert den Stadtrat auf, keine Bewilligungen für 1.-Mai-Aktivitäten mehr zu erteilen. Zu ernüchternd ist das alljährlich von Gewalt und Zerstörung gekennzeichnete Fazit.